Satzung der Stadt Hückeswagen zur Verfahrensregelung der Wahlsichtwerbung im öffentlichen Verkehrsraum

Aufgrund der §§ 18 und 19 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028, ber. 1996 S. 81, S. 141, S. 216 und S. 355), des § 8 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Bekanntmachung vom 28.06.2007 (BGBl I S. 1206) und des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV NRW S. 666/ SGV NRW 2023), in der jeweils zurzeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Hückeswagen in seiner Sitzung am 18.12.2009 folgende Satzung beschlossen:

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Diese Satzung gilt im Gebiet der Stadt Hückeswagen für alle Gemeindestraßen einschließlich Wege und Plätze sowie für Ortsdurchfahrten im Zuge der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen für das Aufstellen oder Anbringen von Werbung im Zusammenhang mit stattfindenden Wahlen (Wahlsichtwerbung).
- (2) Die Regelungen der Satzung gelten entsprechend im Zusammenhang mit Einwohneranträgen, Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden sowie Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden.
- (3) Die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung, des Parteiengesetzes, der Wahlgesetze und Verordnungen sowie der Erlasse zu Wahlen und Wahlwerbung bleiben unberührt.

§ 2

Anzeige-/ Erlaubnispflicht

Politische Parteien, Wählergruppen und Einzelbewerberinnen/ -bewerber (Berechtigte) haben gegenüber der Ordnungsbehörde der Stadt Hückeswagen die beabsichtigte Wahlsichtwerbung spätestens fünf Werktage vor Beginn anzuzeigen. Wahlsichtwerbung bedarf der Erlaubnis zur Sondernutzung durch die Ordnungsbehörde. Dabei sind für die Erlaubnis die handlungsfähigen Personen zu benennen sowie deren ladungsfähige Anschrift mitzuteilen.

§ 3

Zeitraum

Wahlsichtwerbung ist innerhalb einer Zeit von drei Monaten vor Wahlen zulässig. Diese ist spätestens zwei Wochen nach der Wahl aus dem öffentlichen Verkehrsraum zu entfernen.

§ 4

Beschränkungen

- (1) Die zur Wahlsichtwerbung verwendeten Dreieckständer dürfen eine Größe von DIN A0 nicht überschreiten. Die Beschränkung gilt nicht für Großflächenplakatschilder.
- (2) Die Werbung auf Großflächenplakatschildern ist gesondert mit Standortangabe zu beantragen und bedarf der schriftlichen Erlaubnis der Ordnungsbehörde.

- (3) Bei Aufstellung der Dreieckständer auf Gehwegen ist eine Gehwegrestbreite von mindestens 1,50 m freizuhalten. Auf Verkehrsinseln, im Bereich von Kreuzungen, vor Einmündungen und Einfahrten und am Innenrand von Kurven ist darauf zu achten, dass es zu keiner Sichtbehinderung kommt.
- (4) Wahlsichtwerbung durch direkten Anschlag von Plakattafeln ist unzulässig an: Licht- und Strommasten, Telefonmasten, Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen, Brückengeländern, Fahrgastunterständen, sowie an Bäumen und Zäunen im öffentlichen Verkehrsraum.
- (5) Sofern Sondernutzungserlaubnisse anderen Personen zur Nutzung, insbesondere für Werbezwecke, erteilt wurden, darf die Wahlsichtwerbung diese zulässige Nutzung nicht beeinträchtigen.

§ 5

Pflichten der Berechtigten

- (1) Die Berechtigten haben für eine ordnungsgemäße, verkehrssichere Anbringung und für die fristgerechte Entfernung der Wahlsichtwerbung zu sorgen. Sie haften für alle Schäden, die durch das Aufstellen der Wahlsichtwerbung im öffentlichen Verkehrsraum entstehen.
- (2) Die Wahlsichtwerbung ist von den Berechtigten ständig zu kontrollieren und zu warten. Beschädigte oder heruntergerissene Wahlsichtwerbung ist unverzüglich zu entfernen.

§ 6

Unerlaubte Sondernutzung

Entspricht die Wahlsichtwerbung nicht den Vorschriften dieser Satzung oder kommen die in § 2 genannten Berechtigten den in dieser Satzung aufgeführten Pflichten ganz oder teilweise nicht nach, kann die Stadt Hückeswagen behördlich einschreiten und insbesondere gemäß § 22 StrWG NRW die erforderlichen Maßnahmen zur Beendigung der Benutzung anordnen. Die Stadt Hückeswagen hat die Befugnis, den rechtswidrigen Zustand auf Kosten der Berechtigten zu beseitigen oder beseitigen zu lassen.

§ 7

Ordnungswidrigkeiten

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 2 die Anzeige nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig erstattet,
 2. den Vorschriften der §§ 3 und 4 zuwiderhandelt,
 3. entgegen § 5 seinen Pflichten nicht nachkommt.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 1.000 EUR geahndet werden.

§ 8

In-Kraft-Treten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.